

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Juni 2022

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Der Kampf um Freilassung od. Asyl für Julian Assange**
- **Transition News: Ich kann gar nicht sagen, wie sehr ich mich schäme!**
- **IPPNW: ... Friedenskurs halten, Hamburger Erklärung**
- **Andrej Hunko: Totalausfall der Diplomatie**
- **Guy Mettan: Warum niemand für Frieden in der Ukraine einsteht**
- **Offener Brief an Präsident Biden gegen die Eskalation des Krieges mit Russland: Nicht in unserem Namen**
- **New York Times ... fordert Friedensverhandlungen**
- **Živadin Jovanović: NATO-Erweiterung für Ukraine-Krise verantwortlich**
- **P. J. Buchanan: Ist der Krieg in der Ukraine jetzt Amerikas Krieg?**
- **Wolodymyr Selenskyjs Reden – ehrlich wäre anders**
- **Th. Röper: Menschenversuche in US-Labors: Infos über das US-Biowaffenprogramm in der Ukraine**
- **London Paul: ... - Aufbruch zur Multipolarität**
- **Der Mann, der die Welt vor einem Atomkrieg rettete**
- **Werner Rügemer: Arm trotz Arbeit in Europa**
- **Ärzte warnen vor Renditedruck durch Investoren**
- **GiB: Rendite raus aus dem Krankenhaus!**

Zitat des Monats von [Kündigt Ramstein Air Base:](#)

Frieden ist nicht Rechts, Frieden ist nicht Links,
Frieden ist die Stimme in deinem Herzen in dir drin,
Frieden ist der Weg, Frieden ist Sinn,
Kriege kann man nur verlieren und Frieden nur gewinnen.

Editorial

Im ersten Schwerpunkt bieten wir Berichte zur Situation von **Julian Assange** an, für den es zunehmend Unterstützung gibt: Bundestagsabgeordnete, die Menschenrechtskommissarin des Europarats und die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit fordern seine Freilassung. Der mexikanische Präsident bietet politisches Asyl an und in Köln wurde ihm der Günter-Wallraff-Preis verliehen, den Ehefrau Stella Assange entgegennahm.

Hinsichtlich der **Meinungsvielfalt** melden sich inzwischen Menschen aus den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten zu Wort, die sich eine andere Berichterstattung und einen anderen Umgang wünschen.

Der nächste Schwerpunkt beschäftigt sich mit dem **Ukrainekrieg**. Der IPPNW fordert in einer Hamburger Erklärung **sofortige Deeskalation und internationale Diplomatie**. Andrej Hunko hat Verständnis dafür, dass der Kreml nur mit den USA verhandeln will und auch Guy Mettan erläutert die **globale Dimension des Krieges**. Auf westlicher Seite werden z.B. in der New York Times und mit Henry Kissinger zunehmend Stimmen laut, die eine baldige Verhandlungslösung mit Russland fordern. Es wird auf die Zukunft einer **multipolaren Weltordnung** verwiesen, die auch Živadin Jovanović beschreibt. Patrick J. Buchanan und andere weisen auf die **Mitwirkung von US-Amerikanern** im Kriegsgeschehen hin. Christian Müller beschreibt die Ukraine als ein in sich **zerrissenes Land**, welches vom derzeitigen Präsidenten weiter gespalten statt zur Einheit geführt wird. Thomas Röper fasst die Erkenntnisse über die **US-Biolabors** in der Ukraine zusammen. London Paul gibt einen Überblick über verschiedene Aspekte der entstehenden multipolaren Weltordnung. Zum Abschluss dieses Schwerpunktes wird an die – auch 1983 zufällige! - **Gefahr eines Atomkrieges** erinnert und an Menschen, die diesen damals verhindert haben.

Der letzte Schwerpunkt beschäftigt sich mit innen- /gesundheitspolitischen Themen. Werner Rügemer berichtet vom **Personalnotstand im Gesundheitswesen**, der schlechter Bezahlung und schlechten Arbeitsbedingungen geschuldet ist. Vor einer **Kommerzialisierung des Gesundheitswesens** warnt der Deutsche Ärztetag und eine Bürgerinitiative kämpft weiter **gegen die Krankenhausschließungen**.

[Inhalt](#) ↑

• Der Kampf um Freilassung bzw. Asyl für Julian Assange

Zum weltweiten Tag der Pressefreiheit wenden sich 37 Bundestagsabgeordnete in einem offenen Brief an 24 Mitglieder des britischen Parlaments. [Sie fordern, die Auslieferung Julian Assanges an die USA zu stoppen](#). Die Abgeordneten weisen ihre britischen Kollegen auf eine Resolution des Europarats hin, der sich 2020 ebenfalls gegen eine Auslieferung Assanges ausgesprochen und dessen sofortige Freilassung gefordert hat. In ihrem Schreiben bringen die Parlamentarier zudem ihre Sorge um Assanges Gesundheitszustand zum Ausdruck.

Am 20.04.2022 hat der 'Westminster Magistrate's Court' die [Auslieferung des Journalisten und Wikileaks-Gründers Julian Assange an die USA angeordnet](#). Die Anordnung muss vom Innenministerium absegnet werden. Die Verteidigung von Assange hat bis zum 18.05.2022 Zeit, bei der Innenministerin Priti Patel gegen die Auslieferung Einspruch zu erheben. (Übersetzungshilfe [DeepL.com](#)) [Spätestens am 17.06.2022 soll sich die Ministerin entschließen](#). Da ihr Votum aber bisher aussteht, haben sich in der Zwischenzeit erneut viele internationale Institutionen und NGOs an sie gewandt. U.a. hat am 18.05.2022 die Menschenrechtskommissarin

des Europarats, Dunja Mijatović, die [britische Innenministerin Priti Patel aufgefordert, Julian Assange nicht auszuliefern](#). Mit der gleichen Forderung wandte sich am 03.06.2022 der [OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit Teresa Ribeiro](#) an Patel. (Übersetzungshilfe [DeepL.com](#))

Die britische Regierung hat dann am 17.06.2022 [grünes Licht für die Auslieferung](#) des Wikileaks-Gründers an die USA gegeben. Somit müsste Assange binnen 28 Tagen an die USA ausgeliefert werden, wo ihm bis zu 175 Jahre Haft drohen. "Dies ist ein dunkler Tag für die Pressefreiheit und für die britische Demokratie", sagte Assanges Frau Stella. "Heute endet der Kampf nicht. Es ist nur der Beginn einer neuen juristischen Schlacht." Die Unterstützer von Assange wollen den Rechtsweg weiter ausschöpfen und die nächste Berufung vor dem High Court einreichen. Die Rechtsanwältin von Assange, Jen Robinson, will [notfalls bis vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg](#) ziehen. Allerdings könne die weitere Klärung vor den Gerichten bis zu zwölf Monaten dauern. Mehrere Journalisten- und Menschenrechtsverbände, aber auch Bundestagsabgeordnete haben [die Entscheidung der britischen Regierung kritisiert](#).

Am 23.04.2022 kam die frisch verheiratete Stella Assange mit hunderten Unterstützern in Brüssel zusammen, [um gegen die unmenschliche Behandlung des Mannes zu protestieren](#), der es sich zur Aufgabe gemacht hat, Staatsverbrechen aufzudecken. Seit drei Jahren wird Julian Assange ohne Verurteilung im britischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh gefangen gehalten. Unter Tränen bedankt sich Stella für die Menschlichkeit, die ihr und Julian durch Millionen Menschen auf der Welt - so auch in Brüssel - entgegengebracht wird. Der Kampf für Julians Freiheit werde in Europa entschieden: Mit "Wir werden diesen Kampf gegen die Barbarei gewinnen! Wir müssen diesen Kampf gewinnen", schloss sie ihre bewegende Rede.

Günter Wallraff hielt bei der Verleihung eine flammende Rede für Pressefreiheit und die Freilassung von Julian Assange, so report-k.de. Er forderte die neue Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP auf, zu einer klaren Parteinahme für Julian Assange zu finden und ihm Asyl anzubieten. Assange werde in einer Art Zersetzungsmaßnahme, wie sie bislang etwa von der Stasi bekannt gewesen sei wie ein Aussätziger, ein Monster oder egozentrischer Dämon in der Öffentlichkeit vorgeführt. Stella Assange, die den Preis entgegennahm, sagte: "Das Verfahren gegen Julian ist politisch und die öffentliche Aufmerksamkeit hat den entscheidenden Einfluss darauf, wie es ausgehen wird. [Durch die Verfolgung soll Julian zum Schweigen gebracht werden](#), um aus dem öffentlichen Bewusstsein zu verschwinden – und mit ihm all die Tode der zehntausenden Zivilisten im Irak und Afghanistan, die er offengelegt hat."

Angesichts der drohenden Auslieferung von Julian Assange an die USA, wo ihm Spionage vorgeworfen wird, hat Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador am 26.05.2022 sein [Angebot bekräftigt, dem Gründer von WikiLeaks, seiner Familie, seinen Anwälten und Freunden Asyl zu gewähren](#), und gefordert, nicht im Wege der Konspiration gegen ihn vorzugehen. Der Präsident sagte gegenüber der Presse: "Wir sind für seine Freilassung, weil er eine politisch verfolgte Person ist. Es ist eine Schande, dass eine Person, die wertvolle Informationen offenlegt, weil in diesen Informationen Korruptionfälle, Verbrechen von Regierungen und alles, was die Elite im Verborgenen tut, plötzlich auf Grund ihrer Ermittlungen ans Licht kommt, und die Person, die diese Informationen veröffentlicht, bestraft wird, weil sie angeblich vertrauliche Angelegenheiten verletzt hat."

[Inhalt](#) ↑

- Transition News: **Ich kann gar nicht sagen, wie sehr ich mich schäme!**

Die am 01.05.2022 eingerichtete Website '[meinungsvielfalt.jetzt](#)' zeigt über 40 Äußerungen von [Menschen aus den öffentlich-rechtlichen Medienhäusern, die sich eine andere Berichterstattung und einen anderen Umgang wünschen](#). Es mischen sich analytische Texte mit Beschreibungen aus dem Redaktionsalltag und persönlichen Erfahrungen.

Verantwortet wird die Seite von Ole Skambraks, der bis Oktober letzten Jahres für den Südwestrundfunk (SWR) als Redakteur tätig war. Nach seinem Offenen Brief "Ich kann nicht

mehr“, in dem er die Corona-Berichterstattung als zu einseitig und regierungstreu kritisiert hatte, wurde ihm fristlos gekündigt. Der Beitrag wurde über 1,5 Millionen Mal geklickt, tausendfach geteilt und in mehrere Sprachen übersetzt. “So unterschiedlich alle Zuschriften und Reaktionen waren – alle diese Menschen konnten sich in irgendeiner Art und Weise mit meinem Brief identifizieren und hatten das Bedürfnis nach Austausch.“ Diese Kollegen hätten selbst “auf unsaubere Berichterstattung und auf Unausgewogenheit hingewiesen und dann, weil nichts passiert ist oder sie sogar als ‘Verschwörungstheoretiker’, ‘Querdenker’, ‘Schwurbler’, etc. abgestempelt wurden, sind sie verstummt“.

Auf der Webseite treten Menschen auf, die mit dem in den Öffentlich-rechtlichen “Sagbaren“ und “Berichtbaren“ ein Problem haben. Zudem sei die “Aufarbeitung des Geschehenen unausweichlich, wenn Vertrauen wieder hergestellt werden soll“. Mittlerweile dürfen auch Stimmen wie der Arzt Erich Freisleben und der Forscher Harald Matthes in ARD und MDR zu Wort kommen und über Impfn Nebenwirkungen berichten. Es geht nach Skambraks nicht um die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, sondern um die Gefährdung seiner Grundsätze und seines Programmauftrags. Momentan hänge über dem System ein Schleier der Angst. Daher blieben die meisten Verfasser der Äußerungen auf der Seite ‘meinungsvielfalt.jetzt‘ auch anonym.

Die Einschränkung der Meinungsfreiheit wird hier am Beispiel der Pandemiepolitik dargestellt. Die Redaktion nimmt mit diesem Beitrag nicht zur Pandemiepolitik Stellung, sondern nur zum Thema Meinungsfreiheit. (Red.)

Die Genossenschaft ‘[Transition News](#)’, 2020 von Christoph Pfluger gegründet, will ein Bewusstsein für Zusammenhänge, qualifizierte Meinungsbildung, gesellschaftskritischen Austausch und breitere Sicht auf alternative Gedanken und Perspektiven fördern. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● IPPNW: Im Sturm den Friedenskurs halten, Hamburger Erklärung

Die deutsche Sektion der ‘Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges‘ (IPPNW) forderte die Bundesregierung bei ihrem Jahreskongress 2022 dazu auf, die Anstrengungen für eine Waffenruhe in der Ukraine ins Zentrum des politischen Handelns zu stellen. Anstatt Waffen zu liefern und aufzurüsten, müssten diplomatische Wege für einen Waffenstillstand, Friedensverhandlungen und perspektivisch eine neue pan-europäische Sicherheitsarchitektur geschaffen werden. “Der russischen Regierung Brücken zu bauen, bedeutet kein Einverständnis mit ihrem Tun. Wir müssen vielmehr einen Ausweg aus einer Situation finden, die sonst eine europäische, wenn nicht gar eine globale atomare Eskalation zur Folge haben könnte.“ [Um einen Atomkrieg zu verhindern, seien internationale Diplomatie und sofortige Deeskalation die einzige Option](#). Auch diplomatische und zivilgesellschaftliche Kontakte auf allen Ebenen müssten erhalten bleiben, um Lösungen im Sinne der Friedenslogik, Konfliktanalyse und zivile Konfliktbearbeitung zu ermöglichen. – [Die vollständige Resolution](#).

Der [IPPNW](#), eine Vereinigung von Ärzten und Psychotherapeuten, setzt sich für die Ächtung jeglichen Krieges, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen, sowie für ein soziales und humanes Gesundheitswesen ein. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Andrej Hunko: Totalausfall der Diplomatie

Andrej Hunko vermisst insbesondere bei der EU koordinierte Initiativen, “um zu versuchen, den Krieg auf diplomatischem Weg zu beenden“. Für Hunko kann es nur eine diplomatische Lösung des Konflikts geben. Er sieht bei der EU als Organisation mehr transatlantische Verbindungen als

bei den Mitgliedstaaten. EU, NATO und G7 arbeiten sehr eng zusammen. [Deutschland sei zwar kein eskalierender Faktor, aber "Teil einer schon länger stattfindenden Konfrontationsdynamik"](#).

Angesichts der Tatsache, dass nicht mit den USA abgestimmte Vorgehensweisen oder Absprachen oft keinen langen Bestand haben, kann Hunko verstehen, dass Russland die Vereinbarungen mit den USA machen will, weil die Ergebnisse sonst nicht stabil seien. Hunko hält die geplante Stationierung der US-Überschallrakete "Dark Eagle" in Deutschland für "außerordentlich besorgniserregend", da damit aus russischer Sicht von Deutschland eine konkrete Bedrohung ausgehe. "Wenn man den Frieden in Europa wahren will, dann braucht es nicht mehr und effizientere Waffen, sondern weniger, dafür entschieden mehr Diplomatie und vermittelnde Gespräche."

[Andrej Hunko](#), Jg. 1963, Medizinstudium in Freiburg, Ausbildung als Mediengestalter, Seit 1981 aktiv in der Friedens-, Umwelt- und sozialen Bewegungen. Seit 2009 Mitglied des Bundestages und seit 2016 Europapolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Guy Mettan: **Warum niemand für Frieden in der Ukraine einsteht**

Nach Guy Mettan hat der Krieg in der Ukraine sowohl eine lokale und eine regionale Dimension (Donbass) als auch eine globale Dimension. Letztere trete immer stärker in den Vordergrund, militärisch wie strategisch. Dabei sei der damit verbundene Wirtschaftskrieg noch grenzenloser als der noch nicht nukleare Militärkrieg. Der Krieg werde auch kulturell, ideologisch und als Informationskrieg und Hegemonialkrieg geführt. [Deshalb wolle der Westen unter Führung der USA den Krieg bis zum bitteren Ende führen und Russland so weit wie möglich "schwächen"](#).

Diese weltweite Dimension lasse sich auch am Erwachen der nicht-westlichen Länder beobachten, die ihre Blockfreiheit zunehmend zugunsten Russlands aufgeben. So hätten sich nur 37 Staaten den westlichen Sanktionen angeschlossen. Auch wenn die militärischen Operationen mit der Zeit abnehmen, werde der wirtschaftliche, kulturelle und ideologische Krieg weitergehen. Der Konflikt markiere einen Wendepunkt, der das Ende der mit den Seemächten (Großbritannien und USA) verbundenen neoliberalen Globalisierung und den Beginn einer neuen Form der Globalisierung ankündigt, die sich stärker auf die Kontinente (Russland, China, Indien, Pakistan, Iran) konzentriert.

Nachdem die militärische Infrastruktur der Ukraine zerstört worden sei, konzentriere sich der Krieg auf den Osten der Ukraine, wo Russland unter Schonung der dortigen russisch-sprachigen und slawischen Bevölkerung den Großteil der ukrainischen Armee, die von extremistischen Nationalisten kontrolliert werde, zerstören wolle. Durch die massiven westlichen Waffenlieferungen werde dieser Prozess einige Zeit in Anspruch nehmen.

Einen Frieden zu schließen, hält Mettan für sehr schwierig. Es sei bekannt, dass der ukrainische Präsident Selenski das Minsker Abkommen wegen des Widerstands des Aow-Bataillons nicht umsetzen konnte. D.h. nicht Selenski, sondern Aow regiere das Land und bringe friedensfreundliche Verhandlungsführer um. Zudem seien die USA nicht an einem Frieden interessiert, da sie Russland ruinieren wollen und US-Präsident Biden wiedergewählt werden wolle. Nach Mettan wollen auch die Russen derzeit noch keinen Frieden, da die militärischen Ziele (Entmilitarisierung, Entnazifizierung) in der Region Charkiw und im über Mariupol hinausgehenden Rest des Donbass noch nicht erreicht seien. Für Mettan sind auch die vermutlich inszenierten Verbrechen in Butscha ein Hindernis auf dem Weg zu einem Frieden. Durch eine derartige Montage werden die Extremisten beider Seiten gestärkt und die Stimmung unversöhnlicher.

Da Europa durch eine Isolation von Russland nur verlieren könne, kann Mettan das Interesse der Europäer, hysterisch anti-russisch zu werden, nicht verstehen. Dieser langanhaltende Krieg werde Europa spalten und mit einem eisernen Vorhang versehen, was sowohl zu einer Verhärtung des russischen Regimes als auch zu einem schweren Verlust an Rechtsstaatlichkeit im Westen führen werde.

[Guy Mettan](#), Jg. 1956, ist Politologe und Journalist. Seine journalistische Karriere begann er 1980 bei der heutigen 'Tribune de Genève' und wurde 1992 deren Direktor und Chefredakteur. Seit 1998 ist er politisch tätig, u.a. als Stadtrat von Genf, seit 2001 im Großen Rat des Kantons Genf. Heute arbeitet er auch als freischaffender Journalist und Buchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **BüSo: Offener Brief an Präsident Biden gegen die Eskalation des Krieges mit Russland: Nicht in unserem Namen**

In einem Offenen Brief appellieren christliche Denker, Schriftsteller, Gelehrte und Aktivisten an US-Präsident Joe Biden, seine [Eskalationspolitik im Russland-Ukraine-Konflikt zu überdenken](#) und die Ukraine aufzufordern, an den Verhandlungstisch zu kommen. Die Unterzeichner weisen darauf hin, dass "der russische Außenminister Sergej Lawrow auf die verstärkte militärische Unterstützung der Ukraine durch die USA" mit dem Hinweis auf ein "ernsthaftes" Risiko eines Atomkriegs reagiert habe. Sowohl diese Eskalation, als auch die Beteiligung Bidens und der damaligen stellvertretenden US-Außenministerin Victoria Nuland an dem Putsch 2014 in der Ukraine, als auch die Beteiligung der USA an ukrainischen Biolaboren sei "nicht in unserem Namen" erfolgt. Die Unterzeichner weisen auf die US-Angriffskriege im Irak, Afghanistan, Libyen und Syrien hin, infolge derer die Verurteilung von ungerechten Angriffskriegen durch die USA nicht glaubhaft sei. "Die USA sollten sich nicht auf eine Politik der Verschärfung des Konflikts mit Russland einlassen, die zum Tod von Millionen unschuldiger Menschen führen könnte. Die kumulativen Provokationen haben schwerwiegende Folgen."

Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt 'Neue Seidenstraße' die einzigartige Chance, uns aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **John V. Walsh: New York Times weist Streben nach "entscheidendem militärischen Sieg" in der Ukraine zurück und fordert Friedensverhandlungen**

Die 'New York Times' (NYT) hat am 19.05.2022 die Meinung geäußert, dass ein "totaler Sieg" über Russland nicht möglich ist und dass die Ukraine einen Frieden aushandeln muss, der eine "realistische Einschätzung" und die "Grenzen" des US-Engagements widerspiegelt. In den Augen der Times-Redakteure ist der Krieg nach Einschätzung von John V. Walsh zu einem Stellvertreterkrieg der USA gegen Russland geworden, in dem die Ukrainer als Kanonenfutter benutzt werden und der außer Kontrolle geraten ist. [Russland ist laut NYT zu stark, um in der Ukraine besiegt und als Supermacht zu Fall gebracht zu werden](#). Walsh zählt auf, was die NYT zu ihrer neuen Einschätzung veranlasst. Er zweifelt allerdings, ob die vielen Argumente die Neokonservativen "in eine vernünftige und friedliche Richtung bewegen" werden.

Per Video warnte Henry Kissinger das Schweizer WEF-Publikum, der Krieg in der Ukraine könne die globale Ordnung nachhaltig verändern. Russland spiele seit 400 Jahren eine wichtige Rolle auf dem Kontinent, was Europa nicht vergessen dürfe. [Sollten nicht in den nächsten zwei Monaten Friedensverhandlungen beginnen, werde es zu schwerwiegenden "Umwälzungen und Spannungen" kommen](#), da es dann nicht mehr um die Freiheit der Ukraine, sondern um einen neuen Krieg gegen Russland ginge.

[John V. Walsh](#) schreibt für verschiedene Medien über Themen wie Krieg, Frieden, Imperium und Gesundheitsversorgung. Er war Professor für Physiologie und zelluläre Neurowissenschaften an einer medizinischen Hochschule in Massachusetts. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Živadin Jovanović: NATO-Erweiterung für Ukraine-Krise verantwortlich**

Živadin Jovanović, ehemals Außenminister der Bundesrepublik Jugoslawien und heute Vorsitzender des 'Belgrader Forums für eine Welt der Gleichen', glaubt, dass er im Frühjahr 1999, als die NATO Jugoslawien angegriffen hat, Zeuge des Beginns der NATO-Expansion nach Osteuropa geworden sei. Diese habe inzwischen die Grenzen Russlands bedroht und den aktuellen Konflikt in der Ukraine ausgelöst. Die NATO-Osterweiterung habe dem gesamten Kontinent Europa großen Schaden zugefügt, "indem er seine Infrastruktur, seine Wirtschaft und sogar sein Bildungssystem militarisiert hat". Auf globaler Ebene habe dies die Wahrscheinlichkeit lokaler, regionaler und sogar größerer Konflikte erhöht, gefolgt von Verarmung und Hunger. Jovanović meint, dass der Westen, anstatt den Konflikt weiter anzuheizen, einen [weltweiten hochrangigen Dialog für Frieden und Sicherheit aufnehmen](#) sollte, der für die Überwindung der Krise entscheidend sei. "Jeder im Westen muss sich damit abfinden, dass die Ära der Expansion, der Diktate und Befehle sowie der pyramidalen Anordnung der globalen Beziehungen der Vergangenheit angehört. Die Welt strebt eindeutig nach einer multipolaren Weltordnung, die auf gegenseitigem Respekt, Partnerschaft und der Anerkennung der Souveränität und territorialen Integrität aller Länder beruht."

[Živadin Jovanović](#) , Jg. 1938, ist ein serbischer Diplomat und Politiker, der zwischen 1998 und 2000 Außenminister der Bundesrepublik Jugoslawien war. Seit 2005 ist er Präsident des 'Belgrader Forums für eine Welt der Gleichberechtigten', einer gemeinnützigen Organisation, die Mitglied des Weltfriedensrates ist. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Patrick J. Buchanan: Ist der Krieg in der Ukraine jetzt Amerikas Krieg?**

Laut Meldungen, die zur 'New York Times' durchgesickert sind, hat der [US-Geheimdienst bei der gezielten Tötung russischer Generäle durch die Ukraine und bei der Versenkung des russischen Schwarzmeerflaggschiffs 'Moskwa' eine unverzichtbare Rolle gespielt](#). Patrick J. Buchanan sieht dabei u.a. die Gefahr, dass sich der Konflikt zu einem Dritten Weltkrieg entwickeln könnte. Verstärkt werde diese Gefahr durch Äußerungen von US-Politikern, die zeigen, dass dieser Krieg ihr Krieg ist und damit in der Ukraine Ziele verfolgen, die nicht die der Ukraine sind. Buchanan hält fest: "Das Ziel der USA, eine vernichtende Niederlage der russischen Aggression zu erzwingen, ist zweitrangig gegenüber unserem weitaus wichtigeren Interesse, einen Krieg zwischen den USA und Russland zu verhindern."

Laut Georges Malbrunot, dem internationalen Chefkorrespondenten der französischen Tageszeitung 'Le Figaro', begleitete er eine Gruppe französischer freiwilliger Kämpfer in der Ukraine und war dabei "[überrascht herauszufinden, dass der Weg in die ukrainische Armee, einzig und alleine über die Amerikaner führt](#). Sie haben das Sagen."

Selbst US-Politiker geben laut orbisnjus.com zu erkennen, dass die USA mitmischen, um zu gewinnen, bzw. alles dafür zu tun, dass die Ukraine als Sieger aus dem Krieg hervorgeht. Sollte Kiew nicht nach der Pfeife des US-Establishments zu tanzen, "werden Geldhähne zugekehrt, Waffenlieferungen eingestellt und niederrangige Sanktionen verabschiedet. Ferner muss mit einem Marionetten-Putsch gerechnet werden, der eine politische Rochade erzwingt."

[Patrick J. Buchanan](#), Jg. 1938, ist ein konservativer US-Politiker, Journalist und TV-Kommentator. Er vertritt die Ansicht, dass die beiden Weltkriege durch angelsächsische Politik fahrlässig und unnötig herbeigeführt wurden (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Christian Müller: **Wolodymyr Selenskyjs Reden – ehrlich wäre anders**

Christian Müller, der sich 2006 geschichtlich gut vorbereitet in der Ukraine aufhielt, macht darauf aufmerksam, dass die Ukraine in keiner Hinsicht eine Einheit ist: Die Regionen haben eine unterschiedliche und sehr wechselvolle Geschichte. Es gebe mehrere unterschiedliche Muttersprachen, die Menschen gehören unterschiedlichen Kirchen an und vieles andere, was nicht einer Einheit entspreche. Das sei alles vergleichbar mit der Schweiz, aber im Unterschied zur Schweiz versuche "man in der Ukraine nicht, mit dieser kulturellen Diversität zu leben und mit einem geeigneten politischen System ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen, sondern man versucht im Sinne der ukrainischen Nationalisten alles zu vereinheitlichen: Nur noch die ukrainische Sprache soll gesprochen werden dürfen, nur noch die orthodoxe Kirche mit dem Patriarchen in Kiev soll existieren dürfen, nur "Kiev" soll darüber entscheiden dürfen, wer in den Provinzen – den Oblasts – zuständiger Gouverneur ist, nicht die dortige Bevölkerung." Für Müller [trägt Wolodymyr Selenskyj als Präsident nichts dazu bei, um die Ukraine auf den friedlichen Weg der Schweiz zu bringen](#). Vielmehr wolle er eine Ukraine, die voll militarisiert ist wie Israel – auch wenn er angeblich die Schweiz liebt.

[Christian Müller](#), Jg. 1944, studierte Geschichte, Staatsrecht und Betriebswirtschaft; seit 2010 unabhängiger Journalist und Redakteur bei [infosperber.ch](#) bis 5.03.2022, danach initiiert er die Website [globalbridge.ch](#). Müller setzt sich dafür ein, dass Demokratie auch in internationalen Gremien Standard wird. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Thomas Röper: **Menschenversuche in US-Labors: Neue Informationen über das US-Biowaffenprogramm in der Ukraine**

Das russische Verteidigungsministerium hat [neue Erkenntnisse und Dokumente über das US-Biowaffenprogramm in der Ukraine veröffentlicht](#). In der Erklärung geht Moskau detailliert auf die einzelnen Dokumente ein und benennt einzelne Schlüsselpersonen. Demnach war "Hunter Biden maßgeblich an der Schaffung der finanziellen Möglichkeit zur Durchführung der Arbeit an Erregern in der Ukraine beteiligt". Robert Pope lobt die ukrainische Gesundheitsministerin dafür, dass sie den Zugang von US-Spezialisten zu ukrainischen Bio-Objekten gewährleistet und die Arbeiten zur Einrichtung eines Mikrobendepots aufgenommen hat" (Die Proben wurden Anfang Februar 2022 in die USA ausgeflogen). Joanna Winthrol war für die Koordinierung der militärisch-biologischen Projekte in der Ukraine und für die Auswahl der Ausführenden zuständig. Weitergeführt wird die ukrainische Abteilung von Lance Lippencott von 'Black and Veach'. "Das Biomonitoring und der Informationstransfer wurden von David Mustra überwacht, der eng mit einem anderen Pentagon-Auftragnehmer, Metabiota, verbunden ist." Scott Thornton überwachte die Modernisierung der Laboratorien und beriet das Personal im Umgang mit hochgefährlichen Krankheitserregern. Das russische Verteidigungsministerium zitiert auch das US-Patent Nr. 8.967.029, in dem beschrieben ist, dass ein unbemanntes Luftfahrzeug "eingesetzt werden kann, um feindliche Truppen zu zerstören oder außer Gefecht zu setzen, ohne die US-Truppen zu gefährden". Andere Patente zeigen auf, wie "Kapseln mit giftigen, radioaktiven und narkotischen Substanzen sowie mit Erregern von Infektionskrankheiten" bestückt werden können, um mit geringen Kosten und ohne Kontakt feindliche Einheiten zu zerstören.

Moskau weist auf eine Antwort der US-Regierung hin, in der klar gesagt wurde, dass "die Entwicklung und Herstellung biologischer und chemischer Waffen durch die nationale Gesetzgebung verboten sind, die Entscheidung, ein Patent zu erteilen, jedoch nicht gegen die Verpflichtungen der USA im Rahmen der Biowaffenkonvention und der Chemiewaffenkonvention verstößt...". Moskau hält fest: "Ein wichtiges Ergebnis der Sonderoperation der russischen Streitkräfte war die Schließung von fünf Kiewer Biolabors, in denen mit Erregern von Anthrax, Tularämie, Brucellose, Cholera, Leptospirose und Afrikanischer Schweinepest gearbeitet wurde. [...] Es wurde bestätigt, dass diese Labors an Arbeiten im Auftrag des US-

Verteidigungsministeriums beteiligt waren. [...] Wir sind der Auffassung, dass die eingehenden Dokumente belegen, dass die USA und die Ukraine ihre Verpflichtungen aus Artikel 4 der Biowaffenkonvention und der Resolution 1540 des UN-Sicherheitsrates vom 28. April 2004 faktisch verletzt haben.“

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● London Paul: **Interview: London Paul vom Sirius Report - Aufbruch zur Multipolarität**

London Paul beobachtet schon seit Jahren, dass sich die Welt in einem Übergang zu einer neuen multipolaren Struktur befindet, da der bisherige Hegemon zusammenbricht. Als Paul erkannte, dass der Westen die Ursachen der Finanzkrise von 2008 nicht beheben wollte, hat er die westlichen Regierungen vor durch billiges Geld verursachten Finanzblasen und scheiternden Volkswirtschaften gewarnt. Damals kamen erste Hinweise, dass China, Russland und andere Länder ein alternatives Handeln für erforderlich hielten. Die Architekten dieser Alternative rieten, die alte Seidenstraße wieder aufleben zu lassen, eine Win-Win-Kooperation mit anderen Nationen anzustreben und eine solide Geldpolitik und mit echten Werten gestützte Währungen zu entwickeln.

[Heute leben wir nach Paul in einer Zeit, in der sich eine multipolare Welt entwickelt und die unipolare Welt im Niedergang begriffen ist.](#) “Wenn diese beiden Welten aufeinanderprallen [...], besteht die Gefahr, dass es zu ernsthaften Konflikten kommt, wie wir sie derzeit in der Ukraine erleben.“ In der sich entwickelnden multipolaren Welt sieht Paul die Bündnisse BRICS, SCO, EAEU sowie die sich verändernden Verbände wie die ASEAN und der Verband der Südostasiatischen Nationen, aber auch weitere bilaterale und trilaterale Formate. Der Übergang in eine neue multipolare Welt wird nach Paul für den Welthandel, die Finanzwelt und die Ökonomie radikale Veränderungen mit sich bringen, die Paul im Einzelnen kurz umreißt. Während des Übergangs sei eine vollständige Überarbeitung aller bestehenden westlichen Institutionen und des im Westen üblichen Just-in-time-Systems erforderlich. Der Übergang werde auch die heimtückischen Praktiken aufdecken, die der Welt seit dem Zweiten Weltkrieg zugrunde liegen. Die grüne Revolution hält Paul für verfehlt. Es brauche “eine radikale globale Überarbeitung der Art und Weise, wie wir den Energiebedarf decken“. Vor allem sei es dringend notwendig, China und Russland nicht nur mit den Augen des Westens zu sehen, da dies “zu der Annahme führt, dass keine der beiden Nationen in der Lage ist, eine bessere Alternative zur Unipolarität zu bieten“. – (Übersetzungshilfe [DeepL.com](https://www.DeepL.com))

[London Paul](#) ist ein Pseudonym des Herausgebers der Internet-Seite 'The Sirius Report'. Ursprünglich ist er Physiker und hat in Biomolekularphysik promoviert. Nach seiner Tätigkeit in der Wissenschaft arbeitete er im Finanzdienstleistungssektor und ab der Finanzkrise 2008 in einigen großen Banken, danach im Edelmetallsektor. Er interessiert sich unabhängig von Parteien, Religionen oder sonstigen Bewegungen für die geopolitische Entwicklung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Leo Ensel: **Der Mann, der die Welt vor einem Atomkrieg rettete**

Vor fünf Jahren, am 19.05.2017, starb der russische Oberstleutnant Stanislaw Petrow unbemerkt von der Öffentlichkeit in einem Plattenbau. Der ehemalige Oberstleutnant der Sowjetarmee Stanislaw Petrow hatte im Herbst 1983 durch eine einsame mutige Entscheidung sehr wahrscheinlich einen Dritten Weltkrieg verhindert und damit das Leben von Millionen, gar Milliarden Menschen gerettet. Als das russische Frühwarnsystem den Start einer amerikanischen Interkontinentalrakete meldete, blieben dem diensthabenden Offizier Petrow nur wenige Minuten,

die Lage einzuschätzen und den alles vernichtenden Gegenschlag auszulösen. Petrow analysierte die Situation und meldete nach zwei Minuten der Militärführung, es handle sich um einen Fehlalarm infolge eines Computerfehlers. Während er noch telefonierte, zeigte das System einen zweiten Raketenstart an, kurz darauf folgten ein dritter, vierter, fünfter Alarm. Stanislaw Petrow behielt trotz allem die Nerven und blieb bei seiner Entscheidung. Nach weiteren 18 Minuten extremster Anspannung passierte - nichts! Der diensthabende Offizier hatte rechtbehalten.

Nie hat die Welt, vermutet Leo Ensel, so [unmittelbar vor einem alles vernichtenden atomaren Weltkrieg gestanden](#). Bei einer Preisverleihung 2012 in Baden-Baden lehnte es Petrow ab, als Held bezeichnet zu werden. Er habe nur seinen Job gemacht. Nach Ensel, der seit 2013 mit Petrow in Kontakt stand, ihn auch in seiner Plattenbauwohnung besucht hatte, hat Petrow in seinen letzten zehn Jahren wenigstens eine gewisse Anerkennung bekommen.

Für seine einsame und mutige Entscheidung wurde Petrow weder belobigt, gewürdigt noch bestraft. Kurz nachdem diese Geschichte weltweit bekannt wurde, wurde von dem dänischen Regisseur der Film "The man who saved the world" gedreht. Nach Leo Ensel ist dieser Film entwürdigend, ja böseartig. [Denn der Film suggeriere, Petrow sei so etwas wie ein cholerischer, alkoholabhängiger "Penner" gewesen](#). Der deutsche Journalist Klaus Jürgen Schmidt habe "in einem Podcast scharfsinnig herausgearbeitet, dass nicht nur 'nahezu alle Abläufe manipuliert sind, wir also eine gefälschte Version dieses Lebens zu sehen bekommen', sondern auch, 'dass dies bisher offenbar keiner Fach-Redaktion, beispielsweise in einer öffentlich-rechtlichen TV-Anstalt - der Film lief mehrfach bei Arte und im ZDF - aufgefallen ist'. Etliche filmische Manipulationen hätten jedem Profi sofort auffallen müssen." Petrow werde als tagträumender Alkoholiker, als mürrischer Miesepeter, als Mann mit einem Mutter-Komplex dargestellt. Nach Petrows bestem deutschen Freund "spreche alles dafür, dass der juristisch völlig unerfahrene Petrow einen Knebelvertrag unterzeichnet habe, nachdem der Regisseur wohl großzügig versprochen hatte, ihm im Gegenzug seine Rente etwas aufzubessern. Als Gegenleistung habe sich der Verhinderer des Dritten Weltkriegs verpflichten müssen, für die Zeit der Dreharbeiten, also über zehn Jahre lang, über die entscheidende Nacht im September 1983 Stillschweigen zu bewahren." Für Ensel wird es "höchste Zeit für eine Rehabilitierung. In Gestalt eines seriösen Filmes, der diesem bedeutenden Mann die geraubte Würde wieder zurückgibt!"

Der Film "[Wie Oberst Petrow den Atomkrieg verhinderte. Der Mann, der die Welt rettete](#)" ist bis 30.12.2023 bei Arte verfügbar; bei YouTube ist der [Arte-Film hier zu finden](#) (1h46).

Durch den Krieg in der Ukraine ist das Bewusstsein für Atomkriegsrisiken gestiegen. Auf der Internet-Seite "[Atomkrieg aus Versehen](#)" finden sich weitere Informationen auch in den Rubriken 'Aktuell', 'Berichte' und 'Literatur'.

[Leo Ensel](#) ist Konfliktforscher, interkultureller Trainer und Autor etlicher Studien über die wechselseitige Wahrnehmung von Russen und Deutschen. Im Neuen Ost-West-Konflikt gilt sein Hauptanliegen der Überwindung falscher Narrative und der Rekonstruktion des Vertrauens. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Werner Rügemer: **Arm trotz Arbeit in Europa**

Nach Werner Rügemer gibt es in Deutschland eigentlich "genügend Pflegekräfte. Aber sie werden schlecht bezahlt. Und sie müssen viele Überstunden leisten. Viele werden oft krank, viele kündigen wegen der Überlastung, viele gehen auf Teilzeit. Trotz vieler Streiks, auch während der Pandemie, wurden ihre Löhne nicht erhöht, wurden keine zusätzlichen Personalstellen geschaffen. Viele Arbeitslose wollen deshalb nicht zurück in den Pflegedienst. Außerdem sorgt die seit 15.03.2022 geltende einrichtungsbezogene Impfpflicht – Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime – dafür, dass die weit über 100'000 ungeimpften Pflegekräfte möglicherweise abwandern oder entlassen werden.

Bisher wurden neue Pflegekräfte aus den verarmten Mitgliedstaaten der EU in Osteuropa geholt, etwa aus Polen, Rumänien, Kroatien und dem Kosovo. Aber das reicht jetzt nicht mehr.

Deshalb [suchen staatliche wie private Krankenhaus- und Pflegekonzerne noch billigere und noch willigere Arbeitskräfte global, außerhalb der EU](#): In armen Drittstaaten, vor allem in Asien, dann auch in Nordafrika und Südamerika.“ Damit werden Pflegekräfte aus Ländern angeworben, die eh schon eine schlechtere Gesundheitsversorgung haben. Diese Anwerbung wird von der EU koordiniert, ohne sich dabei um die von UNO und ILO beschlossenen Arbeits- und Sozialrechte zu kümmern. Vielmehr handelt sie nach der selbst proklamierten ‘Europäischen Säule soziale Rechte’ (ESSR), die die Rechte von UNO und ILO unterlaufen. Rügemer fordert zur Beendigung der Ausbeutung, der Deklassierung des Mittelstandes, der Zerstörung der Gewerkschaften insbesondere in der Ukraine, dass die EU-Gewerkschaften endlich die Komplizenschaft mit der EU und den USA beenden.

[Werner Rügemer, Jg. 1941](#), Publizist, Buchautor, Referent, Berater und Stadtführer; thematische Schwerpunkte: Internationale Kapital- und Arbeitsverhältnisse, Privatisierung und Unternehmenskriminalität sowie die Entwicklung des Weltsystems nach Prinzipien des Völkerrechts und der Menschenrechte; Vorstandsvorsitzender der ‘aktion gegen arbeitsunrecht’, Beirat von ‘attac Deutschland’ und Mitbegründer der Initiative ‘Gemeingut in BürgerInnenhand’ (gib). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Deutscher Ärztetag: Warnung vor Renditedruck durch Investoren**

Der Präsident der Bundesärztekammer, [Klaus Reinhardt, hat vor einer immer stärkeren Kommerzialisierung des Gesundheitswesens gewarnt](#). "Es kann nicht sein, dass die Versorgung mehr und mehr denjenigen überlassen wird, deren primäres Ziel es ist, für ihre Kapitalinvestoren möglichst hohe Renditen zu erwirtschaften. Wir dürfen nicht zulassen, dass unser Gesundheitssystem in ein profitorientiertes Franchise-System umgewandelt wird. Und wir wollen auch keine industriegleichen Abläufe in der stationären Versorgung." Reinhardt kritisierte auch das System der Krankenhausfinanzierung in Deutschland, die über starre Pauschalen für die Behandlungen erfolgt. Das System müsse reformiert werden. Im ambulanten Bereich müsse der Einfluss von Finanzinvestoren gesetzlich eingedämmt werden.

Ein weiteres Problem des Gesundheitswesens ist der Fachkräftemangel: Eine alternde Gesellschaft brauche mehr medizinisches Personal. Deshalb müssten mehr Medizinerinnen und Mediziner ausgebildet werden, zumal jede und jeder Fünfte kurz vor dem Ruhestand stehe. Der Vorstand der Stiftung Patientenschutz, Eugen Brysch, hält nicht die Zahl der Ärzte für das Problem, dagegen gebe es zu wenig Personal in der Pflege. Der Verband der Ersatzkassen plädiert für modernere Versorgungsstrukturen und mehr Miteinander der unterschiedlichen Gewerke im Gesundheitswesen, z.B. in regionalen Versorgungszentren.

Der [Deutsche Ärztetag](#) tagt seit 1873 jährlich einmal als Hauptversammlung der Bundesärztekammer. Dabei erarbeitet und verabschiedet er u.a. Regelungen zum Berufsrecht sowie die Positionen der Ärzteschaft zu aktuellen gesundheits- und sozialpolitischen Diskussionen der Gesellschaft. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Gemeingut in BürgerInnenhand e.V.: Aufruf jetzt unterschreiben: Rendite raus aus dem Krankenhaus!**

Die Schließungen von Krankenhäusern sind Teil einer der radikalsten neoliberalen Reformen der letzten Jahrzehnte. “Geschlossene Kliniken werden aufgekauft und in Pflegeheime umgewandelt, die Klinikkonzerne erweitern gleichzeitig ihre Marktmacht. So werden zunehmend

öffentliche Gelder, die dem Erhalt bzw. der Wiederherstellung der Gesundheit dienen sollten, in private Gewinne umgemünzt.“ Das Bundesgesundheitsministerium plant weitere 700 Krankenhäuser zu schließen. “Pro Krankenhaus geht es um 150 bis 1'000 Beschäftigte! Die Pflegekräfte fliehen aus dem Beruf, weil die Arbeitsbedingungen katastrophal sind.“

Das Bündnis Klinikrettung fordert daher:

- Der Krankenhauskahlschlag muss gestoppt werden.
- Ein Krankenhaus muss in maximal 30 Minuten erreichbar sein.
- Wohnortnahe Krankenhäuser dürfen nicht durch teure Zentralkliniken ersetzt werden.
- Das Krankenhauspersonal muss gute Arbeitsbedingungen und Tariflöhne bekommen und nicht für die Rendite der Träger erhalten.
- Das Gewinnprinzip und die Privatisierung im Gesundheitssektor müssen gestoppt werden.
- Die Krankenhausfinanzierung ist auf Selbstkostendeckung umzustellen.

[Das Bündnis bittet um Unterstützung per Unterschrift.](#)

[Gemeingut in BürgerInnenhand e.V.](#), wurde 2010 gegründet und setzt sich dafür ein, dass Schulgebäude, Wasserleitungen, Krankenhäuser und öffentliche Verkehrsmittel dem Gemeinwohl dienen und nicht Spekulationsobjekte privater Investoren sind. (Red.)

[Inhalt](#) ↑